Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 91 (2016)
Heft: 4

Artikel: Notwendige Kooperation
Autor: Jenni, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-737783

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Notwendige Kooperation

Seit dem Fall der Berliner Mauer vor 26 Jahren sind vor allem in Europa und auch in der Schweiz die Armeen verkleinert und die finanziellen Aufwendungen für die Landesverteidigung stark reduziert worden. Man glaubte an den ewigen Frieden und brachte die Hersteller von militärischen Gütern unnötig in Schwierigkeiten.

UNSER RESSORTREDAKTOR OBERSTLT PETER JENNI ZU EINER STUDIE DER STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK

Die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit, hat kürzlich in einer Studie, verfasst von Torben Schütz, dargelegt, welche Auswirkungen die zu kleinen Verteidigungsbudgets und der Personalabbau in den Armeen auf die Sicherheit der betroffenen Länder haben.

In der europäischen Nachbarschaft haben sich in der jüngsten Vergangenheit die Krisen verschärft und gleichzeitig hätten die Streitkräfte der EU-Mitglieder laufend an Interventionsfähigkeiten verloren. Die Stiftung kommt zum Schluss, «nur durch umfangreiche Kooperation der europäischen Streitkräfte und rüstungsindustriellen Kapazitäten lassen sich Defizite europäischer militärischer Handlungsfähigkeit kompensieren».

Weitere Reduktion geht nicht

Im jüngsten Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages kommt er zum Schluss, dass «noch mehr Reduzierung» nicht mehr geht. Die Bundeswehr leide in bestimmten Fähigkeitsbereichen an akuten Engpässen. Für die Schweizer Armee trifft diese Feststellung bekanntlich ebenfalls zu.

Die jetzt angestrebte vollständige Ausrüstung der Schweizer Armee brauche mindestens sechs bis sieben Jahre, wurde am Jahresrapport der Logistikbasis festgestellt. Wie weit die Industrie heute noch in der Lage ist, die Produktion im notwendigen Mass innert nützlicher Frist zu erhöhen, ist unsicher. Die Schweiz ist leider nicht allein in dieser Situation. Sie ist bei der Beschaffung von komplexen Systemen auf ausländische Lieferanten angewiesen.

Der Abzug der Bundeswehr und der niederländischen Patriot-Luftabwehrraketeneinheiten aus der Türkei beruhte auf der Unfähigkeit, das Engagement länger aufrechtzuerhalten. Dies obschon sich die Sicherheitslage an der Südgrenze der Türkei alles andere als stabiler präsentiert. Dänemark musste seine Kampfflugzeuge für ein halbes Jahr aus der gleichen Gegend für Wartungsaufgaben zurückziehen – Ersatz war nicht verfügbar. Frankreich musste ähnliche Erfahrungen 2013 in Mali während der Operation Serval machen. Verbündete mussten in wesentlichen Bereichen wie Lufttransport, Luftbetankung und Aufklärung aushelfen.

Was tun?

Der Verfasser der Studie hält fest, dass sich die Frage stellt, wie weit die europäischen Staaten heute in der Lage seien, Operationen durchhaltefähig zu gestalten und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu bleiben. Dies angesichts der «fortschreitenden Destabilisierung europäischer Nachbarregionen und den daraus erwachsenden sicherheitspolitischen Herausforderungen. Politische Erklärungen und Absichten können sich weitaus schneller verändern als die Fähigkeitslage der Streitkräfte.» Selbst ein rascher Beschluss zur Aufrüstung würde seine Wirkung erst Jahre später entfalten.

Die Krisen haben dazu geführt, dass sich verschiedene Regierungen verbal bereit zeigen, mehr «Geld in ihre sicherheitspolitischen Fähigkeiten zu investieren».

Panzergrenadiere der Bundeswehr.

Deutschland, Frankreich und Grossbritannien haben ins Auge gefasst, ihre Verteidigungsetats anzuheben. Wenig optimistisch zeigt sich der Verfasser, ob die Budgets tatsächlich erhöht oder eher das bisherige tiefe Niveau beibehalten werde. Vollends ungewiss bleibt die Frage, ob die Personalstärken der Armeen erhöht oder die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll. Die Bundeswehr habe schon heute nicht alle Planstellen besetzt, so dass ein nomineller Personalzuwachs sehr wahrscheinlich wirkungslos bliebe.

Logik der kleinen Zahlen

Im VBS leidet zum Beispiel die Armasuisse unter dem Mangel an qualifiziertem Personal. Dies ist mit ein Grund, dass beispielsweise für das Projekt der bodengestützten Luftverteidigung (BODLUV) ein aussenstehender Generalunternehmer engagiert worden ist.

Torben Schütz erinnert an das Jahr 1984, in dessen Verlauf der amerikanische Luft- und Raumfahrtmanager Norman R. Augustine vorgerechnet hatte, dass im Jahr 2054 das gesamte Verteidigungsbudget der USA nur noch dafür reichen werde, ein einziges Kampfflugzeug zu beschaffen, das sich Marine und Luftwaffe dann noch teilen müssten.

Mit diesen Überlegungen veranschaulichte er die theoretischen Folgen exponenzieller Teuerungsraten bei der Entwicklung und Beschaffung von Kampfflugzeugen.

Am Beispiel der Niederlande

Für Torben Schütz trägt dieses technologisch-wirtschaftliche Muster dazu bei, dass die Luftwaffen der europäischen Staaten immer weniger Flugzeuge beschaffen können. «Beim Wechsel von einer Kampfflugzeuggeneration zur nächsten kann sich die Flotte mehr als halbieren, wie das Beispiel Niederlande zeigt. Dort sollen 87 F-16-Kampfflugzeuge der vierten Generation durch 37 F-35 der fünften Generation ersetzt werden.»

Eine ähnliche Entwicklung droht in unserem Land. Die Annahme, dass moderneres Gerät militärisch immer wesentlich besser und fähiger sei als das zu ersetzende, könnte sich als fatal herausstellen. Auch bei uns wurden und werden die kleineren Stückzahlen mit diesen Überlegungen begründet.

Wegen der kleinen Stückzahlen «werden neue Waffensysteme immer öfter als Mehrzwecksysteme konzipiert, das heisst, sie sollen Fähigkeiten in sich vereinen, die vorher von mehreren unterschiedlichen Systemen abgedeckt wurden». Tatsache ist, dass solche Systeme komplexer sind, was wiederum die Entwicklungs- und Beschaffungskosten massiv in die Höhe treibt.

Bild: RAF

Royal Air Force Eurofighter Typhoons während einer Übung.

Produktion im eigenen Land

Entgegen jeglicher ökonomischer Vernunft, dafür aus politischen Gründen bevorzugen die europäischen Staaten nach wie vor, Rüstungsgüter im eigenen Land zu entwickeln und zu produzieren. In Europa werden mehr als 80 Prozent der aktuellen Rüstungsgüter im eigenen Land gekauft. Der Autor schliesst daraus, dass die Unterstützung der eigenen Rüstungsindustrie noch immer die treibende Kraft bei Beschaffungsentscheidungen ist.

Aus diesem Verhalten entsteht ein Teufelskreis: «Die Stückzahlen bleiben klein, so dass positive Skaleneffekte kaum greifen können. Das macht das Gerät teurer, was wiederum die Stückzahlen niedrig hält.» Für Torben Schütz wirkt sich dies nicht nur auf die Beschaffung des Geräts aus, sondern zieht sich über die gesamte Lebensdauer von 30 bis 50 Jahren.

Wie weiter?

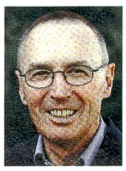
Die Stiftung schlägt drei Lösungsansätze vor:

- *Ein nationaler Ansatz* erfordere mehr finanzielle und personelle Ressourcen in die eigene Armee. Diese Lösung böte den grösstmöglichen sicherheitspolitischen Gewinn in Form von nationaler Souveränität und würde erhöhte Beiträge im multinationalen Verbund ermöglichen.
- Eine weitere Möglichkeit wäre *ein multinationaler Ansatz.* Mit der Aufgabenteilung könnten nationale Ressourcen zielgerichteter eingesetzt werden. Die entstehenden Skaleneffekte brächten einen grossen Nutzen und würden für mehr Effizienz sorgen. Die Variante bedeutet aber den Verzicht auf einzelne Aspekte der Souveränität.
- Eine dritte Variante wäre *die Beschaffung von mehr, aber einfacheren Systemen.* Dies hätte aber Folgen für die Rüstungsindustrie, weil damit eine Abkehr von der Strategie der technologischen Überlegenheit verbunden wäre. Es würden u.a. Exporte erschwert.

Ein erster Schritt

Torben Schütz glaubt, dass die Variante zwei die grösste Chance für eine Umsetzung hätte. Eine «tiefergehende europäische Kooperation» verspreche am ehesten einen Erfolg.

Er empfiehlt analog zum bestehenden *Framework Nation Concept* (FNC) ein «Rüstungsrahmennationen-Konzept zu rüstungsindustriellen Fähigkeiten in den teilnehmenden Staaten». Die deutsche Bundesregierung hat einen ersten Schritt getan. Sie legte fest, welche industriellen Kernfähigkeiten national bleiben sollen.



Oberstlt Peter Jenni betreut in der Redaktion SCHWEIZER SOLDAT seit Jahrzehnten die Rubrik Rüstung + Technik. Er verfügt über ein ausgedehntes Netz zu Fachleuten aus der Rüstungsindustrie.